

Rainer Gollnick

Zum Demokratieproblem in der dialektisch-materialistischen Gerechtigkeitstheorie in der DDR

Gerechtigkeit ist eines der grundlegenden und brisanten Probleme des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR und der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Dies wird vielfältig sichtbar. So hat sich jede der dem in der DDR entstandenen breiten Spektrum zugehörige Partei oder Bürgerbewegung in ihrer Programmatik zur sozialen Gerechtigkeit geäußert. Sie klingt bei der Forderung nach sozialer Marktwirtschaft, bei der Einheit von Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion die Frage der Gerechtigkeit zumindest immanent ebenso mit wie bei den sich vielzählig bildenden Vereinigungen und Verbänden zur Interessenvertretung. Gerechtigkeit reicht vom Problem der Rehabilitation bis hin zum achtungsvollen Umgang von Bürgern und Politikern der BRD und DDR als gleichberechtigten Partnern miteinander. Mit der demokratischen Öffnung des politischen Lebens werden überall aus den vorhandenen und absehbaren lebenspraktischen Widersprüchen heraus aufeinander bezogene, übereinstimmende und/oder gegensätzliche Gerechtigkeitsmaßstäbe und -ansprüche für die gesellschaftliche Umgestaltung artikuliert. Weil Inhalt des Gerechtigkeitsproblems die Stellung der Menschen in der Gesellschaft und ihr wechselseitiges Verhalten zueinander ist, deshalb kann dies nicht verwunderlich sein. Zudem ist auch international feststellbar, daß mit der Komplexität der Verhältnisse der Menschen auch die Differenzierungen innerhalb des Gerechtigkeitsproblems vielfältiger werden und zu einem intensiveren gesellschaftlichen Diskurs darüber führen. Die beträchtliche Zunahme der wissenschaftlich-theoretischen Diskussion um traditionelle wie neuformulierte Gerechtigkeitspostulate in den letzten Jahrzehnten oder auch das Hervortreten von Gerechtigkeit in theologisch-religiöser Gestalt seien nur als ein Beleg dafür genannt. Stellt man zugleich in Rechnung, daß die sich entwickelnden sozialen und politischen Differenzierungen mit ihren sich lebenspraktisch zusätzenden Problemen im politisch-öffentlichen Leben der DDR als widersprechende Gerechtigkeitspositionen nicht oder nur ganz verdeckt artikuliert werden konnten, dann ist die innovative Wucht, mit der sich seit der demokratischen Wende Gerechtigkeitspositionen auf allen Lebensebenen herausbilden und geltend machen, nur zu verständlich. Diese Gerechtigkeitspositionen soziologisch als Bestandteil der öffentlichen Meinung in ihrem Gewicht und ihrem Umfang zu analysieren, sie auf eventuelle Verallgemeinerungsfähigkeit zu prüfen, da sie ja wesentliches subjektives Moment der Akzeptanz und Wirksamkeit rechtlicher Lebensgestaltung und also des zu vollziehenden Rechtsangleichungsprozesses zwischen der BRD und der DDR sind, scheint mir unerlässliche Aufgabe zu sein. Es geht dabei vor allem um den Zusammenhang von Demokratie und Gerechtigkeit, denn nach meinem Verständnis legitimiert sind rechtsstaatliche Entwicklung zuallererst in der demokratischen Produktion von Rechtsmaßstäben als Positionen einer gerechten Lebensgestaltung.

Nun kann und soll hier nicht dem Gesamtzusammenhang von Demokratie und

Gerechtigkeit nachgegangen werden, sondern nur der Frage, wie dieser Zusammenhang grundsätzlich in der dialektisch-materialistischen Gerechtigkeitstheorie in der DDR angelegt und zu entfalten ist. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß für die marxistische Rechtswissenschaft in der DDR Gerechtigkeit als Problem aus den verschiedensten Gründen überhaupt erst – und auch dann nur am Rande – seit Mitte/Ende der 60er Jahre existiert und für den Marxismus erst seit kurzer Zeit beginnt, in der Ethik und Rechtsphilosophie einen so zentralen Stellenwert einzunehmen wie Wahrheit in der Erkenntnistheorie oder Schönheit in der Ästhetik.

Ist Inhalt des Gerechtigkeitsproblems die Stellung der Menschen und ihr wechselseitiges Verhalten zueinander, dann folgt daraus, daß Gerechtigkeitstheorie immer Gesellschaftstheorie ist und sich insofern immer die Frage nach dem Zusammenhang zur Demokratie stellen muß. Gerade auch unter diesem Blickwinkel muß konstatiert werden, daß es in der dialektisch-materialistischen Gerechtigkeitstheorie in der DDR dem Grunde nach zwei übergreifende Konzeptionen mit unterschiedlichen Konsequenzen gibt, für die es vielleicht richtig ist zu sagen, daß einerseits die objektive, andererseits die subjektive Dimension des Gerechtigkeitsproblems besonders betont wird.

Mit dem ersten Konzept wird Gerechtigkeit primär als objektive Entsprechungs- und Bedeutungsrelation von etwas mit etwas im Sinne von – je nach der Ebene des Betrachtungsfeldes – historischer, sozialer, juristischer, moralischer Berechtigung (Notwendigkeit) bestimmt, die wissenschaftlich verifizierbar ist. Im zweiten Konzept wird Gerechtigkeit an die mit der Arbeitsteilung entstandene und seitdem durch die Individuen, Gruppen, Schichten, Klassen etc. zu lebende Dialektik von Gleichheit und Ungleichheit ihrer Verhältnisse und ihres Verhaltens gebunden.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß mit dem ersten Konzept ein sehr breites, damit unspezifisches Verständnis von Gerechtigkeit entwickelt wird, das nicht nur Gerechtigkeitstheorie weithin mit Gesellschaftstheorie identisch werden, sondern auch kaum die Frage beantworten läßt, warum sich gerade die Rechtsphilosophie, nicht aber ebenso die Moral- und Sozialphilosophie, die politische Philosophie etc. als Gerechtigkeitstheorie darstellt. Dagegen läßt die Bindung von Gerechtigkeit an die zu lebende Gleichheitsdialektik Gerechtigkeitstheorie als unverzichtbares, aber als ein Moment von Gesellschaftstheorie verstehen. Zugleich offenbart die Bedeutung dieser Spezifik den Grund dafür, warum Gerechtigkeitstheorie Kern von Rechtsphilosophie ist und sein muß. Er liegt in der Natur des Rechts, Anwendung gleichen Maßstabs zu sein (Marx).

Weitaus gewichtiger und spätestens unabweisbar mit den demokratisch-revolutionären Veränderungen und den in ihnen formulierten Gerechtigkeitspositionen veranlaßt ist die Frage nach der Relevanz demokratischer Lebensformen für das Gerechtigkeitsproblem in jeder der beiden Gerechtigkeitskonzeptionen. Sowohl in der Entwicklung ihrer verschiedenen Gesichtspunkte wie auch in ihrem Begreifen als zweier untrennbar zusammengehöriger Seiten einer dialektisch-materialistischen Gerechtigkeitstheorie anstelle ihrer Entgegenseitung als zwei verschiedene Konzeptionen sehe ich Erfordernisse der Entfaltung ihres demokratischen Gehalts. Entscheidend auch für die hier aufgeworfene Frage ist, daß sich eine dialektisch-materialistische Gerechtigkeitstheorie weder nur auf die Objektivität noch bloß auf die Subjektivität des Gerechtigkeitsproblems beschränken kann, sondern in ihnen die Einheit von objektiv gegebenen Lebensverhältnissen (als solchen der Gleichheit und Ungleichheit) und deren subjektiven Bedeutungen erfaßt. Eine solche Theorie kann sich nicht darauf beschränken, welcher Widersprüche sich die Menschen im Gerechtigkeitsdenken rechtlich bewußt werden müßten, sondern wie dieser Prozeß mit welchen Schwierigkeiten tatsächlich verläuft, wodurch er insgesamt als Moment

des Lebensprozesses bestimmt wird und wie er demzufolge ganzheitlich wissenschaftlich beeinflußbar ist.

Der hervorzuhebende und zu behauptende demokratische Gehalt der Konzeption von Gerechtigkeit als einer objektiven Entsprechungsrelation besteht vor allem darin, die Frage nach dem konkret-historischen Maß von Gerechtigkeit als der übergreifenden inhaltlichen Bestimmung des Gerechtigkeitsproblems herauszuarbeiten, Gerechtigkeit also nicht schlechthin der subjektiven Beliebigkeit, einem absoluten Relativismus oder nur bestimmten Prozeduren anheimzustellen. Der Verzicht auf das wissenschaftliche Ringen um Erkenntnis, welches Recht historisch, sozial etc. gerecht ist bzw. wie es zu gestalten ist, damit es gerecht(er) wird, und auf das Einbringen dieser Erkenntnisse in Rechtsbildungs- und Rechtswirkungsprozesse, in die rechtliche Lebensphäre insgesamt hieße Selbstaufgabe einer dialektisch-materialistischen Rechtswissenschaft.

Aus meiner Sicht bedarf aber eine solche Gerechtigkeitskonzeption unbedingt der dialektischen Entfaltung im Interesse des oben genannten demokratischen Gehalts. Ansonsten müßte sich das wissenschaftliche Nachdenken über das Gerechtigkeitsproblem einseitig darauf orientieren, das objektiv »Gerechte« zu erkennen und diese Erkenntnis in das Bewußtsein der Subjekte von Gerechtigkeit zu tragen, was sich dann immer als Verwissenschaftlichung des spontanen, weil geistig-praktisch aus dem Alltäglichen gewonnenen Gerechtigkeitsbewußtsein darstellt, das dann auch als geringwertig erscheinen muß. Es wäre dies eine Art Enthauptung der Subjekte, weil die subjektive Dimension des Gerechtigkeitsproblems dann wesentlich verengt würde auf die Um- und Übersetzung des wissenschaftlich als »gerecht« Erkannten in individuelle und kollektive Lebenspraxis. Das Demokratische hätte dann allenfalls – wenn überhaupt – die Funktion, das Gerechtigkeitsbewußtsein der Subjekte auf die »Höhe« dieses wissenschaftlichen Bewußtseins zu bringen, um den massenhaften Nachvollzug des wissenschaftlich schon als »gerecht« Erkannten zu gewährleisten. Innovativ kann dieses »Demokratische« an keiner Stelle mehr sein und schließt daher wirkliche Subjektivität als Selbstbestimmung aus.

Um dieser – wenn auch ungewollten – Gefährdung der Bedeutsamkeit demokratischer Prozesse für das Gerechtigkeitsproblem zu begegnen, bedarf es der dialektischen Entfaltung dieser Gerechtigkeitskonzeption vor allem in zwei Richtungen. Zum einen geht es darum, herauszuarbeiten, daß sowohl das, was als Maß für Gerechtigkeit fungiert, wie auch das, was als gerecht gemessen wird, jeweils in sich selbst widersprechend ist, so daß eine allein eindeutige Beziehung in der tatsächlichen Konkretion nicht besteht, so daß das konkret als gerecht Gemessene nicht nur für andere Subjekte, sondern auch für ein- und dasselbe Subjekt zugleich ungerecht sein kann. Mit anderen Worten: Der Blick einer solchen Gerechtigkeitskonzeption auf das Allgemeine, Wesentliche und Notwendige in den gesellschaftlichen Verhältnissen wie Verhaltensweisen muß einschließen, daß sich dieses Allgemeine etc. in Entscheidungs- und Handlungsspielräumen der konkreten Subjekte entwickelt, insofern die Geschichte bestimmt und in dieser Bestimmtheit zugleich offen ist.

Wenn Friedrich Engels feststellt, daß den Griechen und Römern die Gleichheit der Menschen notwendig nicht nur verrückt, sondern verbrecherisch vorgekommen wäre, so wird darin sichtbar, daß nur das an Gerechtigkeit im Leben gewonnen werden kann, was potentiell in den gegebenen Lebensverhältnissen vorhanden ist, daß aber der tatsächliche und d. h. subjektive Gewinn an Gerechtigkeit entscheidend ist. In der Konsequenz dessen geht es zum anderen darum, daß objektive »Gerechtigkeit« gesellschaftspraktisch als Gerechtigkeit erst subjektiv konkret bestimmt und ausformt werden muß und nur darin und darüber verhaltensdeterminierend wirkt.

Genau auf diese Dimension zielt die zweite Konzeption von Gerechtigkeit als geistig-praktisch auszufechtende und also zu lebende Dialektik von Gleichheit und Ungleichheit in der Gesellschaft. Mit ihr wird die Notwendigkeit betont, wissenschaftlich zu untersuchen, was unter welchen Bedingungen und warum es die Menschen rational und/oder emotional als gerecht bewerten, wie sie sich dementsprechend verhalten und welche Wirkungen dies hat.

Genau auf dieser Ebene liegt auch der Unterschied im Wertverständnis von Gerechtigkeit in den beiden Konzeptionen. Für die erstere ist Gerechtigkeit Werteigenschaft des Recht, die mit dem Recht entsteht, wenn es einem bestimmten Maßstab entspricht, und die folglich unabhängig ist von der Verschiedenheit der Subjekte und deren Stellung zum betreffenden Recht. Damit sind die tatsächlichen Subjekte – jedenfalls als wertproduzierende – weitgehend aus dieser Beziehung gedrängt. Für die zweite Konzeption von Gerechtigkeit ist diese Wert im Sinne von auf objektiven Bedeutungszusammenhängen für bestimmte Subjekte fundierter, aber der gesamten Erlebniswelt geschuldet, die subjektiven Interessen in sich aufnehmender, sich als Überzeugung, Haltung, Position artikulierender Widerspiegelung.

Dieser zweiten Konzeption von Gerechtigkeitsverständniswohnt die Gefahr der Entobjektivierung des Gerechtigkeitsproblems inne, u. a. auch deshalb, weil sie in Entgegenseitung zur ersten entwickelt und geltend gemacht wird. Sie teilt aber nach meiner Auffassung mit der anderen Gerechtigkeitskonzeption manche Nachwirkung der langzeitigen Zentralthese von der Identität von gesellschaftlichen und persönlichen Interessen, die den demokratischen Prozeß als lebensgestaltende Vermittlung dieses vielfältig modifizierten Interessenwiderspruchs durch seine Träger selbst zwingend zumindest degenerierte. Im Unterschied zu den möglichen, inhaltlich schon angedeuteten Nachwirkungen dieser Identitätsthese in Konzeption objektiver Gerechtigkeit sehe ich solche Nachwirkungen in dieser Gerechtigkeitskonzeption vor allem dort, wo zwar die Dimension des geistig-praktischen Ausfechtens dieser Interessendialektik betont wird, diese aber in der Darstellung außerordentlich abstrakt bleibt, die real-konkret auszufechtenden Widersprüche der Gleichheitsdialektik kaum hinreichend bezeichnete, geschweige denn der konkreten, u. a. der empirisch-soziologischen Erörterung unterzogen werden, wie dies auch für meine Beiträge zu dieser Problematik selbstkritisch zu vernicken ist.

Im Ganzen geht es letztlich darum, daß sich Gerechtigkeitstheorie gerade als dialektisch-materialistische nicht als die Lösung des Gerechtigkeitsproblems mißverstehen darf, weil für dessen tatsächliche Bewältigung weder die wissenschaftliche Feststellung allgemeiner oder besonderer Adäquanzrelationen noch die wissenschaftliche Reflexion objektiver Gleichheitsdialektik mit ihrer widersprüchlichen Bedeutsamkeit und den jeweils daraus abgeleiteten Handlungsanforderungen hinreicht, so unerlässlich dies auch ist. Tatsächlich bewältigt wird es letztlich allein darin, daß es massenhaft als Gerechtigkeitsproblem erlebt und gelebt wird, und gerade dies läßt eine dialektisch-materialistische Gerechtigkeitstheorie als ein Moment dieses Gesamtprozesses dadurch bedeutsam werden, daß sie sich auf den Gesamtprozeß der widerspruchsvollen Einheit von Objektivität und Subjektivität hinsichtlich der Produktion und Realisierung von Gerechtigkeitsmaßstäben, darunter auch und vor allem als Rechtsmaßstäben wissenschaftlich orientiert. Unter diesem Blickwinkel gewinnen übrigens rechtssoziologische Untersuchungen kaum überschätzbares Gewicht.

Auf der Grundlage fortschreitender wissenschaftlicher Einsicht in diesen Gesamtprozeß ist es dann besser möglich als bisher, sowohl die Widerspruchsfelder und ihre wissenschaftlich voraussehbaren, deshalb notwendig allgemeinen Formierungserfordernisse in diesem Gesamtprozeß wie aber auch die Anforderungen und

Bedingungen für diesen Prozeß als demokratischer Herausarbeitung, Anwendung, Verwerfung von Gerechtigkeitsmaßstäben zu bestimmen und dies als theoretisches Wissen in diesen demokratisch zu gestaltenden Gesamtprozeß einzubringen. Dabei wird auch deutlich, daß im Rahmen dieses ganzheitlichen Prozesses des Bewußtwerdens und Ausfehlens von Gerechtigkeitsproblemen die bisher im Verhältnis zu den materialen wesentlich vernachlässigten prozeduralen Fragen von Gerechtigkeitsbestimmung – eine Unterscheidung, die aus meiner Sicht miteinander notwendig Verbundenes und Incinanderübergehendes schon wieder zu sehr voneinander isoliert – für eine solche marxistische Gerechtigkeitstheorie gewichtige Bedeutung haben.

Es bedarf einer komplexen, die beiden hier genannten Gerechtigkeitskonzeptionen produktiv in sich vereinigenden, dialektisch-materialistischen Gerechtigkeitstheorie, um so wirksam wie irgend möglich auf das Gerechtigkeitsproblem im Sinne fortschreitend demokratischer Herausarbeitung von Wertmaßstäben für Gleichheit und Ungleichheit, die der Entwicklung von Menschlichkeit verpflichtet und weitgehend rechtlich zu formieren sind, Einfluß zu nehmen. Die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit muß entscheidend auf diesen Prozeß bezogen sein und daran gemessen werden, weil nur so Recht als auf Entfaltung individueller Souveränität bezogene und darin zugleich individuelle Souveränität realisierende Lebensäußerung formiert werden kann und sich dadurch als gerecht legitimiert.